

## Wirtschaft

BERLINER TAGESZEITUNG

Wirtschaftsnachrichten der Berliner Tageszeitung -

Rund um die Uhr, im Überblick

### Neue Zahlen bringen Freude

Die Bundesregierung wird Informationen zufolge angesichts eines rasanten Wirtschaftsaufschwungs in Deutschland ihre Konjunkturprognose für das laufende Jahr auf drei Prozent von 1,4 Prozent anheben. Zudem erwarte die Regierung, dass die Arbeitslosenzahl bis Jahresende die Drei-Millionen-Grenze erreichen werde. Im kommenden Jahr werde die Wirtschaft mit 2,3 Prozent noch immer stärker wachsen als im langfristigen Durchschnitt. Neben den Exporten dürften die Investitionen der Unternehmen den Aufschwung absichern. A.Wegener@BerlinerTageszeitung.de

### Weg für Karstadt ist frei

Der Weg für die Karstadt-Übernahme durch den Investor Berggruen ist frei. Der Kaufvertrag kann in Kraft treten, nachdem die Gläubiger des Karstadt-Vermieters Highstreet den von Berggruen geforderten Mietsenkungen zugestimmt haben. Nach der Rettung kommt viel Arbeit auf die Karstadt-Mitarbeiter zu. Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (51) gestern: "Karstadt ist noch nicht über den Berg. Aber wir werden das Unternehmen wieder flott kriegen mit Berggruen." Dieser hat zugesagt, alle 120 Filialen zu erhalten, will 70 Millionen Euro ins Unternehmen pumpen. Künftig soll es drei Einheiten geben ("Premium", "Sport" und "normale Kaufhäuser"). A.Wegener@BerlinerTageszeitung.de

### Ölpest kommt BP teuer zu stehen

Die Ölkatastrophe im Golf von Mexiko hat den britischen Ölkonzern BP bislang nach eigenen Angaben acht Milliarden Dollar (6,2 Milliarden Euro) gekostet. Diese Summe schließe alle Ausgaben für den Kampf gegen die Ölpest, die Reinigung, das Versiegeln des Bohrlochs und Zahlungen an die US-Regierung sowie die betroffenen Bundesstaaten ein, erklärte das Unternehmen. A.Wegener@BerlinerTageszeitung.de

### Kia ruft Autos zurück

Der südkoreanische Autobauer Kia ruft in den USA rund 35 000 Autos zurück. Grund sei eine falsche Verkabelung der Innenbeleuchtung, die zu Bränden führen könne, erklärte das Unternehmen am Freitag. Kürzlich hatte das Unternehmen bereits aus dem selben Grund den Rückruf von 18 000 Wagen in seinem Heimatland angekündigt. A.Wegener@BerlinerTageszeitung.de

## Sparpaket auf dem Weg

Die Bundesregierung hat am heutigen Mittwoch ihr umstrittenes Sparpaket auf den Weg gebracht. Das schwarz-gelbe Kabinett billigte in Berlin den Entwurf für das sogenannte Haushaltbegleitgesetz von Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU). Damit werden wesentliche Teile des Anfang Juni geschnürten Sparpakets der Regierung umgesetzt.

A.Wegener@BerlinerTageszeitung.de

## Sony will Apple angreifen

Auf der IFA in Berlin (03.-08.September 2010) will der japanische Konzern Sony den Start eines neuen Musik- und Videodienstes bekanntgeben. Marktführer in diesem Bereich ist bisher Apple. Der japanische Elektronik-Konzern Sony will laut Informationen einen neuen Musik- und Videodienst starten und damit den Marktführer Apple angreifen. Sony-Chef Howard Stringer hat das Angebot am heutigen Mittwoch in Berlin vorgestellt, dabei will Sony den Dienst auf Basis seiner Playstation-Spielekonsole aufbauen. Die Songs und Filme sollen dann bequem auf allen Sony-Geräten - Notebooks, Fernsehern, Mobiltelefonen - abspielbar sein, der Dienst soll im kommenden Jahr starten. A.Wegener@BerlinerTageszeitung.de

## Street-View noch dieses Jahr

Der Internetkonzern Google will seine Straßenansichtsfunktion "Street View" bis Ende dieses Jahres für 20 deutsche Städte einführen. Das Abfotografieren ganzer Straßen hatte heftige Kritik ausgelöst: Datenschützer sorgen sich um die Privatsphäre, Google bot aktuell deshalb an, die Veröffentlichung von Aufnahmen zu verhindern. Die Pläne für "Street View" hatten zu heftiger Kritik geführt. Die Kritik wurde noch lauter, nachdem im Mai bekannt geworden war, dass bei den Kamerafahrten für "Street View" auch Daten aus offenen Funknetzen miterfasst und von Google gespeichert wurden.

A.Wegener@BerlinerTageszeitung.de

## Bald könnte Ende mit dem Handy-Kabelsalat sein

Ab 2011 soll Schluss sein mit dem Ladekabel-Salat, denn in der EU wird ein einheitliches Handy-Ladegerät eingeführt. Im vergangenen Jahr einigten sich die führenden Handy-Hersteller auf die sogenannte Micro-USB-Buchse, über die moderne Businesstelefone bereits verfügen. Jetzt wird es mit der Umsetzung ernst. Moderne Businesstelefone haben schon eine entsprechende Buchse, sie wird auch für den USB-Datentransfer mit dem Computer genutzt. Nach Einschätzung der EU kann durch das einheitliche Ladegerät tonnenweise Elektroschrott vermieden werden.

A.Wegener@BerlinerTageszeitung.de

## Aktuelle steuerliche Regelung verfassungswidrig

Die aktuell geltende Regelung zur steuerlichen Absetzbarkeit von Arbeitszimmern ist verfassungswidrig. Das hat aktuell das Verfassungsgericht entschieden. Auch Arbeitnehmer, die nur teilweise zuhause arbeiten, dürfen ihre Zimmer absetzen. Die Regelung muss nun rückwirkend geändert werden. Aktenzeichen: 2 BvL 13/09

A.Wegener@BerlinerTageszeitung.de

## Begehrlichkeiten geweckt

Der unerwartet kräftige Konjunkturaufschwung weckt Begehrlichkeiten. Nach Monaten der Stille wurden erneut Rufe nach Steuersenkungen laut, mit dabei: FDP-Chef Westerwelle. Doch wie sollte es auch anders sein, jeder will ein Stück von des Bürgers Gunst, als ruft auch der eine oder andere CSU-Politiker nach Entlastungen für die Bürger. Die SPD machte sich dagegen für Änderungen am Sparpaket stark. Nach übereinstimmenden Medienberichten erwarten die Konjunktarexperten von Wirtschaftsminister Rainer Brüderle nun mindestens drei Prozent Wachstum. Bislang geht die Bundesregierung offiziell von einem Wachstum von 1,4 Prozent für 2010 aus. A.Wegener@BerlinerTageszeitung.de

## Sicherheitsmängel bei Facebook?

Es ist kaum zu glauben - gibt es eine schwere Sicherheitslücke beim sozialen Netzwerk Facebook? Ein Sicherheitsexperte hat 100 Millionen öffentlich zugängliche Facebook-Profilen gesammelt und bietet die gigantische Liste jetzt frei im Internet zum Herunterladen an. Er habe ein "beängstigendes Datenschutz-Problem" gefunden, begründete Ron Bowes in seinem Weblog die Aktion. A.Wegener@BerlinerTageszeitung.de

## Wieder mehr Arbeitslose

In Deutschland waren im Juli 3,192 Millionen Menschen arbeitslos gemeldet. Das ist ein unschöner Anstieg um knapp 40.000 gegenüber dem Vormonat Juni, aber ein Rückgang um rund 270.000 im Vergleich zum Juli 2009. Der leichte Anstieg sei saisonbedingt, die Wirtschaft befinde sich weiter auf Erholungskurs, erklärte die Arbeitsagentur. Zum Vergleich - im Juni war die Zahl der Menschen ohne Job um 88.000 auf 3,153 Millionen gesunken, die Arbeitslosenquote betrug 7,5 Prozent. A.Wegener@BerlinerTageszeitung.de

## EU-Pläne für IBAN, SEPA und Co

Wer schon einmal Geld auf ausländische Konten überwiesen hat, ist bereits mit IBAN und BIC vertraut. Diese internationalen Nummern sollen nach Plänen der EU-Kommission für alle Girokonten in Europa eingeführt werden. Die etwa 39 Millionen nationalen Nummern in Deutschland würden damit ungültig. Die EU-Verordnung soll laut Entwurf ein Jahr nach Verabschiedung für Überweisungen verbindlich werden und zwei Jahre danach für Lastschriften. Dem Vorschlag von EU-Binnenkommissar Michel Barnier müssen allerdings die 27 Mitgliedsstaaten und das Europaparlament noch zustimmen. A.Wegener@BerlinerTageszeitung.de

## Aldi-Gründer verstorben

Einer der beiden Aldi-Gründer, Theo Albrecht, ist mit 88 Jahren gestorben. Albrecht hatte den Discounter zusammen mit seinem Bruder Karl gegründet. Später teilten sie das Unternehmen auf, Theo übernahm Aldi Nord. Die Albrechts galten und gelten als reichste Deutsche. A.Wegener@BerlinerTageszeitung.de

### Jeder fünfte verdient sehr wenig

In Deutschland muss einer Studie zufolge ein Fünftel der Beschäftigten mit Niedriglöhnen auskommen. Mehr als zwei Millionen Menschen verdienen pro Stunde sogar weniger als sechs Euro brutto. Im Vergleich mit anderen EU-Staaten ist der Anteil der Geringverdiener in Deutschland hoch. Insgesamt 6,55 Millionen Arbeitnehmer seien demnach im Niedriglohnsektor tätig - so viele wie nie zuvor. Innerhalb von zehn Jahren sei die Zahl der Niedriglohnempfänger um 2,3 Millionen Menschen gewachsen. In den meisten EU-Ländern wären solchen Vergütungen den Wissenschaftlern zufolge im Verhältnis zum jeweiligen mittleren Stundenlohn "unzulässig", konstatieren die Wissenschaftler. A.Wegener@BerlinerTageszeitung.de

### Voraussetzungen hoch angesetzt

Das Bundesverfassungsgericht hat die Voraussetzungen für strafrechtliche Verurteilungen wegen Untreue massiv verschärft. Die entsprechende Regelung des Strafgesetzbuchs sei zwar grundsätzlich verfassungsgemäß, müsse jedoch zum Teil zurückhaltender angewendet werden, entschied aktuell das Gericht. Damit hatten die Verfassungsbeschwerden mehrerer Manager, die in unterschiedlichen Verfahren unter anderem wegen der Vergabe unzureichend gesicherter Kredite verurteilt worden waren, zum Teil Erfolg. Das Urteil gegen einen Bank-Manager wegen der Vergabe unzureichend gesicherter Kredite wurde aufgehoben. A.Wegener@BerlinerTageszeitung.de

### Wirtschaftskriminalität steigt an

Die Wirtschaftskriminalität in deutschen Unternehmen steigt aktuell deutlich an. Dies belegt eine Studie von PWC über Wirtschaftskriminalität. Nicht nur Unterschlagung, Veruntreuung und Betrug durch eigene Mitarbeiter schädigen das Firmenvermögen. Die Vertrauensschaden-Versicherung schützt Unternehmen vor Vermögensschäden durch solche unerlaubten Handlungen. Der Versicherungsschutz sollte allerdings an die entsprechende Unternehmensorganisation angepasst werden, rät der Industrieversicherungsmakler TRUST AG. <http://www.trust-ag.com>  
A.Wegener@BerlinerTageszeitung.de

### Ein Sprung nach Vorn

Die Air Berlin will einem globalen Luftfahrtbündnis beitreten. Mit der Oneworld-Allianz um British Airways und die spanische Iberia wurden Eckpunkte für eine Mitgliedschaft vereinbart, teilte die zweitgrößte deutsche Fluggesellschaft mit. Air-Berlin-Reisenden sollen dadurch zusätzliche Flugziele angeboten werden. Oneworld gehört zu den drei großen Luftfahrt-Bündnissen neben der Star Alliance um den deutschen Branchenprimus Lufthansa und Skyteam um Air France/KLM..  
A.Wegener@BerlinerTageszeitung.de

## Gewinne für Deutsche Bank

Es ist kaum zu glauben, aber noch sind die Aktien nicht aus dem Keller, da setzt die Deutsche Bank wieder zu Höhenflügen an. Allein im zweiten Quartal hat das größte deutsche Geldhaus 1,2 Milliarden Euro Gewinn gemacht. Die anhaltende Verunsicherung der Anleger wegen der Schuldenkrise in Europa bremste allerdings bisher die Erträge im Kerngeschäft Investmentbanking. Dagegen musste die Deutsche Bank deutlich weniger Geld für faule Kredite zurücklegen: Die Risikovorsorge sank im Jahresvergleich auf 243 Millionen Euro von einer Milliarde Euro. Vor Steuern stieg der Gewinn um 16 Prozent auf 1,5 Milliarden Euro und lag damit knapp unter den Erwartungen der Analysten.  
A.Wegener@BerlinerTageszeitung.de

## Kein Streik wegen Tourismus

Spanische Fluglotsen verzichten im August auf Streik. Die spanischen Fluglotsen werden doch nicht wie angedroht in der Ferienzeit im August streiken. Die Gewerkschaft USCA erklärte dazu, man wolle nicht mit einer Arbeitsniederlegung in der Hauptreisezeit dem Tourismus schaden und hoffe, dass die Luftfahrtbehörde die vergangene Woche abgebrochenen Verhandlungen wieder aufnehme. Die Fluglotsen wehren sich gegen eine Erhöhung ihrer Arbeitszeit und eine Kürzung der Ruhephasen. Sie hatten Anfang vergangener Woche für einen Streik gestimmt, aber zunächst keinen konkreten Termin genannt. A.Wegener@BerlinerTageszeitung.de

## Naht in Zukunft das Ende gedruckter Zeitungen?

In Indien ist der billigste Tablet-PC der Welt vorgestellt worden. Das schicke Linux-Gerät beherrscht Office-Anwendungen und Internet, funktioniert auch mit Solarzellen und kostet nur rund 35 Dollar. Es sieht aus wie ein iPad - kostet jedoch nur ein Vierzehntel, der Produktionsbeginn für den Rechner soll im kommenden Jahr sein. Indien würde damit eine gewisse Tradition mit Produkten und Dienstleistungen fortsetzen, die als die billigsten der Welt bezeichnet werden, so das Kleinauto "Nano" für umgerechnet 2.100 Dollar oder auch eine Herzoperation für 2.000 Dollar. Mit diesen Gerät wird unter anderem die Situation für druckende Medien - mit Blick auf die Wirtschaftlichkeit - einmal mehr bedrohlich, so dass der geflügelte Satz: "gedruckte Zeitungen sind die Nachrichten von Gestern" zukünftig durchaus zutreffen wird.  
A.Wegener@BerlinerTageszeitung.de

## Versicherung unter Notverwaltung

Die holländischen Aufsichtsbehörden haben die Internetversicherer Ineas und LadyCarOnline unter Notverwaltung gestellt. Davon seien rund 50 000 Versicherungsnehmer in Deutschland betroffen, teilte die Verbraucherzentrale NRW in Düsseldorf mit. Ihnen drohe, im Schadensfall auf ihren Kosten sitzenzubleiben. A.Wegener@BerlinerTageszeitung.de

## Nur fliegen ist schöner

Der europäische Flugzeugbauer Airbus und sein US-amerikanischer Konkurrent Boeing haben zum Auftakt der Luftfahrtmesse im britischen Farnborough Milliarden-Aufträge eingesammelt. Die Fluggesellschaft Emirates bestellte 30 Großraumflugzeuge vom Typ Boeing 777, die Flugzeugleasingfirma ALC 51 Airbus-Maschinen.  
A.Wegener@BerlinerTageszeitung.de

### Schutzhülle soll helfen

Apple-Chef Steve Jobs hat sich auf einer Pressekonferenz zu den Empfangsproblemen des iPhone 4 geäußert. Laut Jobs seien diese jedoch nur gering, kostenlose Schutzhüllen sollen das Problem lösen, denn diese soll den äußeren Metallrahmen des Smartphones bedecken wenn man es zum telefonieren in die Hand nimmt. A.Wegener@BerlinerTageszeitung.de

### Ölpest unter Kontrolle?

Seit Ende der Woche läuft kein Öl mehr aus dem Leck im Golf von Mexiko. Abgeschlossen ist die Versiegelung der Ölquelle deshalb aber noch lange nicht. Denn bis jetzt handelt es sich nur um Tests, die die Belastbarkeit der vorhandenen Rohre prüfen, wie dem auch sei, die Küstenbewohner jubeln dennoch - auch wenn sehr vorsichtig. Alle Hoffnungen im Kampf gegen die schlimmste Öl-Katastrophe aller Zeiten ruhen weiterhin auf die Saugglocke, einen gigantischen Stahl-Koloss, welcher das Leck komplett abdichten soll. Eine wirkliche Lösung des Problems können laut Experten aber zwei Entlastungsbohrungen bringen. Unterdessen reißen die Spekulationen über eine Übernahme des schwer angeschlagenen Ölkonzerns BP reißen nicht ab. A.Wegener@BerlinerTageszeitung.de

### Goldman Sachs zahlt nach Vergleich

Nach wochenlangen Ermittlungen wegen Betrugsverdachts hat sich die US-Großbank Goldman Sachs mit der Börsenaufsicht SEC auf einen Rekordvergleich geeinigt, offenbar waren drohende Haftstrafen oder staatliche Sanktionen am Ende den Verantwortlichen zu gefährlich geworden. Das Institut willigte in die Zahlung von 550 Millionen Dollar ein. 250 Millionen Dollar gehen an die Geschädigten, der Rest fließt in die Staatskasse.  
A.Wegener@BerlinerTageszeitung.de

### Hitze zerstört Teile der Ernte

Auf die Hitze folgen weitere Unwetter, dennoch die Temperaturen bleiben über 30 Grad. Für Kernkraftwerke wird das Wetter langsam zum Problem, die Notabschaltung droht da in den Flüssen das für die Kühlung der Reaktoren notwendige Wasser nicht in ausreichend kühler Menge vorhanden ist. Die aktuelle Hitzewelle macht auch der deutschen Landwirtschaft zu schaffen, dort ist die Ernte zum Teil regelrecht verbrannt und es dort ein 30%tiger (dreißig Prozent) Ernteausfall. Durch diesen Ernteverlust könnten die Lebensmittelpreise für den Verbraucher bei Obst, Gemüse und Kartoffeln steigen. A.Wegener@BerlinerTageszeitung.de

## Die Lobbyarbeit in der Wirtschaft

Es gibt bisher noch keine europaweite Regelung, aber die ist auch scheinbar nicht wichtig, denn die EU-Kommission will den Mitgliedstaaten künftig die Entscheidung über den Anbau genetisch veränderter Pflanzen selbst überlassen. Die Behörde hofft, damit die jahrelange Blockade bei der Zulassung genetisch veränderter Organismen zu überwinden. Der aktuelle Streit um die Gentechnik in der Landwirtschaft ist vor allem auch ein Kampf der Lobbyisten. Wie viele Interessenvertreter für "EuropaBio" unterwegs sind, weiß niemand so genau - es gibt leider kein Lobbyregister. Was viele bei all der Streiterei gar nicht wissen: Schon heute sind genveränderte Pflanzen in der EU nicht mehr wegzudenken. Zwar werden sie nicht unbedingt überall angebaut, aber sie werden im Form von Futtermais aus Brasilien und Nordamerika importiert. A.Wegener@BerlinerTageszeitung.de

## EU will Neue Standards

Die europäische Kommission schlägt aktuell einheitliche Standards zur gesetzlichen Absicherung von Bankeinlagen vor: Jedes Konto soll bis zu 100.000 Euro garantiert werden, Investmentfonds bis 50.000 Euro. Dafür sollen die Banken, so EU-Kommissar Barnier, in den kommenden Jahren Rücklagen bilden. Auch wer sein Geld in Investmentfonds angelegt hat, soll künftig mehr Sicherheiten genießen, die Deckungssumme soll von derzeit 20.000 auf 50.000 Euro steigen. Das gilt allerdings nicht für Verluste infolge riskanter Anlagestrategien, sondern für den Fall, dass das Investmenthaus pleite geht oder - siehe den Fall Madoff - Betrug vorliegt. Auch hier sollen die Anbieter zukünftig dafür sorgen, dass künftig ihre Notfallfonds ausreichend gepolstert sind. A.Wegener@BerlinerTageszeitung.de

## Hoffen und Harren am Golf von Mexiko

Die Hoffnung am lecken Bohrloch im Golf von Mexiko richtet sich auf eine neue Absaugglocke, die der Ölkonzern BP nun anbringen will. Alle Beteiligten verbreiten Optimismus - doch weil zuvor die alte Glocke abmontiert werden musste, fließt wieder verstärkt Öl ins Wasser. Aber auch wenn der neue Trichter besser als die zuvor installierten Abdeckungen funktionieren sollte, wird dies nur eine provisorische Übergangslösung sein. Die wirkliche Lösung des Problems könnten nur die beiden Entlastungsbohrungen bringen, so der Krisenmanager der US-Regierung. Bis Mitte August wollen die BP-Techniker das Ölfeld erreicht haben. Dann könnte mit den zwei neu installierten Nebenzugängen der Ölfluss endgültig kontrolliert umgeleitet werden. A.Wegener@BerlinerTageszeitung.de

## Ver.di macht den Weg frei

Die Gewerkschaft Ver.di hat grünes Licht für die Umsetzung des Konzepts von Karstadt-Investor Berggruen gegeben. Die Gewerkschaft stimmte im vollen Umfang Ergänzungen beim Sanierungstarifvertrag zu. Bei Berggruens Verhandlungen mit dem Karstadt-Vermieter Highstreet gibt es hingegen weiter keinen Fortschritt. Auf die Frage, wann die Zeit für eine abschließende Einigung zur Rettung Karstadts endgültig ablaufe, sagte Berggruen: "Ende Juli. Danach ist Schluss." Dafür gebe es juristische Gründe, die nicht in seiner Macht lägen. Was dann folge, sei die "Liquidation", sagte der Investor.

A.Wegener@BerlinerTageszeitung.de

### Neuer Gammelfleischskandal?

In Deutschland wird offenbar Rindfleisch gehandelt, das mit einem seltenen Keim belastet ist. Dieser Keim verdirbt Fleisch sogar in gekühltem Zustand. Das Bundesinstitut für Ernährung und Lebensmittel in Kulmbach fand den Keim in hunderten Fleischproben. Wie viel Gammelfleisch bislang verarbeitet und umverpackt illegal in den Handel gelangt ist, lässt sich derzeit noch nicht sagen. Das liegt daran, dass der Keim bei normalen Lebensmittelkontrollen ohne Spezialuntersuchungen nicht auffällt. Wie hoch also die aktuelle Gefährdung der Bevölkerung ist wird sich erst in den kommenden Wochen bei intensiveren Kontrollen oder gar ersten Krankheitsfällen zeigen.

A.Wegener@BerlinerTageszeitung.de

### Alkoholverkauf geregelt

Das Verfassungsgericht hat heute entschieden, dies jedoch zum Leidwesen vieler Gewerbetreibenden. In Baden-Württemberg darf weiterhin nachts an Kiosken, in Supermärkten und an vielen Tankstellen nach 22 Uhr kein Alkohol verkauft werden. Mit Gaststättenkonzession ist es allerdings erlaubt, nachts Alkohol auszuschenken. Das nächtliche Verkaufsverbot hat sich an den Tankstellen-Kassen im Land bereits bemerkbar gemacht: Den gantztägig geöffneten Tankstellen drohten Umsatzeinbußen von 15.000 bis 18.000 Euro pro Jahr, schrieb Baden-Württembergs Wirtschaftsminister Ernst Pfister (FDP) in einer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage. A.Wegener@BerlinerTageszeitung.de

### Bonuszahlungen neu geregelt

Die Bonuszahlungen für Banker werden in der EU ab sofort begrenzt. Das Europaparlament beschloss mit großer Mehrheit ein entsprechendes Gesetz. Danach dürfen nur noch 30 Prozent einer Sondervergütung sofort bar überwiesen werden - der Rest wird zunächst zurückgehalten oder per Aktienoptionen ausbezahlt. Ein überraschendes Lob kommt dafür von den Bundes-Grünen - die EU schaffe es hier einmal, mit gutem Beispiel voranzugehen ist von diesen zu hören. "Das ist wirklich die beste und weitreichendste Regulierung der Managergehälter, die wir weltweit haben", erklärt Sven Giegold, der Finanzmarktexperte der Partei im Europaparlament. A.Wegener@BerlinerTageszeitung.de

### Wieder mehr Steuern

Die anziehende Konjunktur lässt die Gewerbesteuer-Einnahmen sprudeln: Städte und Gemeinden erzielten im zweiten Quartal ein Plus von 24 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Grund sind Nachzahlungen von Unternehmen. Die Gewerbesteuer ist bekannter Maßen die wichtigste Einnahmequelle der Gemeinden. Die durch sie erzielten Einnahmen brachen von rund 41 Milliarden Euro im Jahr 2008 auf 32 Milliarden Euro im Jahr 2009 ein. Für 2010 rechneten die amtlichen Steuerschätzer noch im Mai mit einem weiteren Minus von 3,7 Prozent. A.Wegener@BerlinerTageszeitung.de

## Armut in Deutschland

Ein Technologie- und Wirtschaftsriese wie Deutschland und dann dies - in vielen deutschen Großstädten ist das Armutsrisiko weitaus höher als in kleineren Orten oder auf dem Land. Das geht aus einer aktuellen Aufstellung des Statistischen Bundesamts hervor. Am stärksten armutsgefährdet unter den bevölkerungsreichsten Städten sind demnach die Menschen in Leipzig. Dort müssen 27 Prozent der Einwohner mit weniger als 60 Prozent des mittleren deutschen Einkommens leben. Auch in anderen Städten gibt es große Unterschiede: 22 Prozent der Einwohner von Hannover, Bremen und Dresden sind laut der Statistik von Armut bedroht. In Dortmund liegt der Anteil bei mehr als 21 Prozent und in Berlin bei fast 19 Prozent. Nur jeder Zehnte ist hingegen in München armutsgefährdet. A.Wegener@BerlinerTageszeitung.de

## Saisonbedingter Aufschwung

Der aktuell konjunkturelle Aufschwung ist auf dem Arbeitsmarkt weiter zu spüren. Im Juni dieses Jahres sank die Zahl der Arbeitslosen gegenüber Mai um 88.000 auf 3,15 Millionen. Damit waren 257.000 Menschen weniger ohne Job als vor einem Jahr. Die Arbeitslosenquote lag im Juni bei 7,5 Prozent. Nach Einschätzung von Arbeitsmarktkennern geht rund ein Viertel bis ein Fünftel des Juni-Aufschwungs auf das Konto der konjunkturellen Aufwärtsentwicklung, der Rest habe saisonale Gründe. Entsprechend stark sei die Nachfrage nach Arbeitskräften - womit die Politik der aktuellen Bundesregierung leider nichts zu tun hat. A.Wegener@BerlinerTageszeitung.de

## ADAC überprüft Tunnel

Nun Tunnel gehören nicht erst seit dem jüngsten Unglück in Duisburg zu den recht wenig beliebten Orten, nun hat der Automobilclub ADAC ganze 26 Tunnel in 13 europäischen Ländern genauer unter die Lupe genommen. Die meisten von ihnen schnitten dabei gut ab. Vier Tunnels fielen wegen Sicherheitsmängeln aber glatt durch, darunter auch der Tunnel Birth auf der A44 bei Velbert (Nordrhein-Westfalen). Dieser wurde mit der Gesamtnote "bedenklich" beanstandet, dunkle Fahrbahnen in dem finsternen Tunnel, keine Videoüberwachung und fehlende Fluchtwegbeschreibungen waren die Hauptkritikpunkte. Testverlierer war der erst zwölf Jahre alte Hvalfjörour-Tunnel in Island nördlich von Reykjavik. Der Testverlierer bleibe sicherheitstechnisch deutlich hinter den europäischen Mindeststandards zurück und sei dringend sanierungsbedürftig, kritisierte der ADAC. A.Wegener@BerlinerTageszeitung.de

## Wo bleibt am Ende die Moral?

Das Bundesland Nordrhein-Westfalen hat in Abstimmung mit dem Bundesfinanzministerium eine weitere CD mit Daten mutmaßlicher Steuerhinterzieher gekauft. Dies teilte Landesfinanzminister Linssen aktuell mit. Über die Herkunft und vor allem Kosten des Ankaufs dieser neuerlichen "Steuer-CD", machte der Minister keine Angaben. Das Bundesland hatte bereits im Frühjahr eine Daten-CD gekauft. Internationale Rechtsexperten streiten über die Frage: Ob man an womöglich gestohlenen Daten ein Eigentum erlangen kann und ob es Rechtsens ist, diese Daten dann eventuell später in einem Prozess zu verwenden? Der Staat könnte sich hier gar zum Hehler von gestohlenem Gut machen - moralisch wäre damit zumindest eine sehr bedenkliche Stufe durch die Handlungen eines Staates erreicht. A.Wegener@BerlinerTageszeitung.de

### Ein laues Export-Lüftchen macht noch keinen Aufschwung

Was in Deutschland aktuell und vor dem Hintergrund jämmerlich leerer Geldbeutel für den Bürger undenkbar, ist in den Boomstaaten wie China oder Indien völlig normal. Dort wird geordert was das Zeug hält, Geld spielt keine Rolle, so dass der rasche Aufschwung viele Autokonzerne und andere Exportfirmen geradezu überrascht. Wo kürzlich noch die Bänder still standen, wird nun an sieben Tagen pro Woche gearbeitet. Der katastrophale Wertverfall des Euro kommt den Unternehmen dabei zugute. Eine Erhöhung der Binnennachfrage in Deutschland und damit auch eine Gesundung der hiesigen Wirtschaft scheint in deutschen Ländern unterdessen in weite Ferne gerückt, dies könnte man ebenfalls erreichen, nur müsste man die Arbeit und Wirtschaftsleistung auf alle Bürger der Gesellschaft verteilt. Der Bürger resümiert unterdessen bitter: Vom deutschen Staat hat sich die Autoindustrie ihre Umstrukturierung bezahlen lassen um jetzt die Exportmärkte zu bedienen, selbst geht dieser jedoch leer aus, denn wenn diese Märkte bedient sind - wird es vielleicht ganz dunkel werden. A.Wegener@BerlinerTageszeitung.de

### Vermieter gerichtlich gestärkt

In Zukunft wird es für Vermieter einfacher, eine höhere Miete zu verlangen. Laut einem Urteil des Bundesgerichtshofs kann dies auch mit dem Mietspiegel eines vergleichbaren Nachbarorts begründet werden. Zulässig sei dies, wenn für den eigenen Ort kein Mietspiegel vorhanden sei, so die Karlsruher Richter. Wie kaum anders zu erwarten begrüßten der Eigentümerverband Haus & Grund sowie der Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen GdW die Entscheidung. "Der BGH schafft damit ein weiteres Stück Rechtssicherheit für Mieter und Vermieter", heißt es in einer Erklärung von Haus & Grund. (Az.: VIII ZR 99/09) A.Wegener@BerlinerTageszeitung.de

### Gedruckte Zeitungen sind Nachrichten von gestern

Die Auflage liegt bei 400.000, der Verkauf läuft in 120 Ländern - und dennoch kämpft die Traditionszeitung "Le Monde" ums

Überleben. Nun wird ein Investor gesucht, auch wenn vielen langsam immer klarer wird: Gedruckte Zeitungen sind die Nachrichten von gestern - deren "Tage" sind gezählt - denn wie man es auch drehen will, gegen das Internet gibt es keine Alternativen. Die Mehrheitsaktionäre von "Le Monde", also die Journalisten, wollen dennoch vor allem sicherstellen, dass die neuen Geldgeber nicht in ihre Arbeit eingreifen, stellt Gilles van Kote klar, der Präsident der Mitarbeitergesellschaft: "Wir wollen die Hand auf den redaktionellen Inhalten behalten. Das ist ja klar: Aktionäre dürfen sich nicht in die Berichterstattung einmischen. Außerdem wollen wir bei Entscheidungen, die für den Verlag wichtig sind, mitreden." A.Wegener@BerlinerTageszeitung.de

1.762.000.000.000 Euro Staatsschulden

Die aktuell gewählte Bundesregierung müsste Rot werden vor Scham, so katastrophal hat diese gewirtschaftet und Deutschland damit an den Rand des Staatsbankrotts gebracht, dies und ähnliches hört man an den bundesdeutschen Stammtischen. Wie dem auch sei, fest steht: Deutschland hat im vergangenen Jahr nicht nur bei der Neuverschuldung, sondern vor allem bei der Gesamthöhe der Staatsschulden gegen den EU-Stabilitätspakt verstoßen. Dies ist laut Bundesbank ein Rekordhoch von 1,762 Billionen Euro - was 73,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts darstellt, 60 Prozent sind hingegen jedoch allerdings "nur" erlaubt. A.Wegener@BerlinerTageszeitung.de

Armut immer mehr spürbar

Die Armut in Deutschland wächst. In einer jetzt vorgelegten Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) heißt es, dass 14 Prozent der Bevölkerung armutsgefährdet seien. Das ist ein Drittel mehr als noch vor zehn Jahren. Eine Erhöhung der Hartz IV-Sätze erachten die DIW-Autoren als ungeeignet, das Problem zu bekämpfen. Eine Anhebung könne zwar den akuten Einkommensbedarf der Betroffenen decken, treffe aber nach Auffassung der Wissenschaftler nicht den Kern des Problems. A.Wegener@BerlinerTageszeitung.de

Die Tage gedruckter Zeitungen sind gezählt

Viel besser als ein Handy und als ein Laptop - so preist Apple seine neue Kreation an. "Wir nennen ihn iPad", sagte Apple-Chef Jobs bei der Präsentation in San Francisco. Das Multimediatalent mit Touchscreen eignet sich laut Apple für Internet, Spiele, Video und zum Lesen digitaler Bücher. Eines steht mit der Neusten Apple Kreation fest unumwunden fest, die Tage gedruckter Zeitungen sind von nun an gezählt! Das Neue iPad wird das Multimediazeitalter ebenso revolutionieren wie das iPhone - Gratulation Mr.Jobs. A.Wegener@BerlinerTageszeitung.de

Aufschwung ein laues Lüftchen?

Der leichte Aufschwung in Deutschland wird sich nach Ansicht von Bundeswirtschaftsminister Brüderle (FDP) auch im kommenden Jahr fortsetzen. Man erlebe derzeit ein kleines Jobwunder, sagte er aktuell in einer Regierungserklärung im Bundestag, die Marke von drei Millionen Arbeitslosen könne deshalb bald unterschritten werden. Linksfraktionschef Gregor Gysi sagte dazu jedoch, in der Wirtschaftspolitik gebe es mit der Exportorientierung eine falsche Weichenstellung. Nötig sei, mit einer Entwicklung der Löhne endlich eine Stärkung der Binnenwirtschaft zu erreichen. An Union und FDP gewandt fügte er hinzu: "Ihr Versuch, zu Lasten der sozial Schwachen die Krise zu lösen, ist ungeheuerlich." Das aktuell laue Lüftchen gefördert durch den schwachen Euro nun gar "Wirtschaftsaufschwung" zu nennen, zeigt einmal mehr als deutlich, wie tief die Bundesrepublik Deutschland in der Wirtschaftsleistung gesunken zu sein scheint. A.Wegener@BerlinerTageszeitung.de

## Ärztmangel befürchtet

Etwa die Hälfte der Krankenhausärzte sind mehr als 50 Stunden pro Woche im Einsatz. Der Marburger Bund befürchtet, dass ohne bessere Arbeitsbedingungen rund 10.000 Arztstellen bis 2014 unbesetzt bleiben. Die Krankenhäuser dürften dieser Entwicklung nicht tatenlos zusehen, sagte der Vorsitzende des Ärzteverbands, Rudolf Henke. Bereits heute seien mehr als die Hälfte der Krankenhausärzte mehr als 50 Stunden pro Woche im Einsatz. In kommunalen Kliniken müssten fast die Hälfte der Ärzte zwischen fünf und neun so genannte 24-Stunden-Dienste pro Monat leisten. A.Wegener@BerlinerTageszeitung.de

## Pleitewelle überrollt Deutschland

Die Zahl der Firmeninsolvenzen ist 2009 erstmals seit sechs Jahren wieder gestiegen. Rund 33.000 Unternehmen erklärten sich für zahlungsunfähig - 11,6 Prozent mehr als im Vorjahr. Entsprechend hoch sind auch die Forderungen der Gläubiger. Voraussichtlich liegen sie bei 85 Milliarden Euro. Auf Anfrage von BERLINER TAGESZEITUNG wurde mitgeteilt, dass bei den deutschen Amtsgerichte zudem im vergangenen Jahr 32.687 Unternehmensinsolvenzen gemeldet wurden, also 11,6 Prozent mehr als noch 2008. Auch den privaten Verbrauchern machte die Finanz- und Wirtschaftskrise zu schaffen: Die Zahl der Privatinsolvenzen stieg im vergangenen Jahr um drei Prozent auf 101.102, wie die Statistikbehörde mitteilte. A.Wegener@BerlinerTageszeitung.de